

Eine Prüfung der wehrhaften Demokratie

Zur: „Wie Ressentiments der AfD nutzen“, FR-Politik vom 29. Juni

Der ewige Wunsch nach Veränderung

Ich habe mich mich vor ein paar Tagen mit meinem Schwiegersohn über den erstaunlichen, aber auch bedenklichen „Erfolg“ der AfD im Osten Deutschlands unterhalten. Er kommt aus Mecklenburg-Vorpommern, ist Informatiker, lebt seit fast 20 Jahren im Rhein-Main-Gebiet und ist garantiert kein AfD-Wähler. Aber er ist noch oft zu Besuch in seiner Heimat und kennt die Stimmung dort sehr gut. Er sagte: Die Menschen im Osten hätten in der DDR-Zeit die Erfahrung gemacht, dass sie zwar wählen durften, aber das Ergebnis war immer gleich. 98 % hätten angeblich die SED gewählt. Und es hätte sich nie etwas geändert.

Und dann kam die Wende, und plötzlich durften sie tatsächlich wählen: CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke – aber egal, wen sie auch wählten, es hätte sich wieder nichts geändert. Und deswegen würden viele im Osten jetzt die AfD wählen.

Natürlich ist diese Erklärung nicht hinreichend, aber vielleicht sollten die Menschen im Westen mal darüber nachdenken.

Wolfgang Zimmermann, Kelkheim

Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!

Ist die hohe Zustimmung zur AfD in Ostdeutschland als Protest kritischer Bürger gegen nicht nachvollziehbare Regierungsentscheidungen zu bewerten? Nein.

Denn es handelt sich nicht um einen Streit im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses um den besten Weg, sondern um einen Kampf gegen den freiheitlichen Staat. Die hier zu Tage tretende Renitenz von Antidemokraten ist typisch für destruktive und faschistoide Gesinnungen.

Diese Abtrünnigen wünschen sich die autoritäre DDR und vielfach den NS-Staat zurück. Sie proklamieren Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Fühlen sich diskriminiert, sind bildungsfern, falsch informiert, unsolidarisch, verkennen die Gefahren des Klimawandels, verstehen die immer komplexer werdende Welt nicht. Karl Marx würde sie dem „Lumpenproletariat“ zuordnen, das durch seine „Käuflichkeit und Verkommtheit“ bestimmt ist.

Es besteht kein Anlass, die AfD-Wähler mit Samthandschuhen anzufassen, etwa um sie für die Demokratie zu gewinnen. Vielmehr sollte der Grundsatz von Artikel 18 des Grundgesetzes gelten: keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Heimliche Sehnsucht nach der Diktatur?

Die Umfragewerte der AfD in den Bundesländern der ehemaligen DDR sind glänzend. Die vom Verfassungsschutz observierte rechtsradikale Partei eilt von Wahlsieg zu Wahlsieg. Eine Frau Weidel dämmert als künftige Bundeskanzlerin am Horizont.

Diese Partei und ihre Sympathisanten propagieren offen ihre Feindschaft gegen die Demokratie und gegen Europa. Außer Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass haben sie keine politischen Programme. Ihr Feindbild sind die Grünen. Die Umweltzerstörung leugnen sie. Politische Korrekturen in diesem Bereich werden von der AfD boykottiert.

Dass gerade die ehemaligen Ostdeutschen diese Partei unterstützen, zeigt, dass sie zurück zur Diktatur, wie sie in der DDR herrschte, wollen und sie mit Demokratie und Freiheit nichts anfangen können.

Dass sie mit dieser Haltung auch den demokratischen Westen mit in radikale Strukturen zwingen, ist tragisch. Vor allem weil sich die demokratischen und freiheitlich gesinnten Kräfte nicht dagegen wehren.

Mit ihrer Anbiederung an die Rechtsradikalen und ihren Attacken auf die Grünen unterstützen CSU, CDU und die FDP die AfD sogar.

Conrad Fink, Freiberg a. N.

Die eigentlichen Demokratiefeinde

Wahl-Eklat in Sonneberg?! Der *eigentliche* Eklat ist, das Ergebnis einer *demokratischen* Wahl rückgängig machen zu wollen! Aber ein derart demokratiefeindliches Verhalten kennt man ja schon von der unsäglichen „Wir schaffen das“.

Volkmar Eichstädt, Chemnitz

Politische Unruhe stört das Wohlfühl

Zur: „Letzte Generation“: „Verstörende“ Aktion“, FR-Politik vom 26. Juni

Ich bezeichne mich heute immer noch als bekennder 68er. Ungeduld war und ist das Vorrecht der Jugend, egal ob sie zum Erfolg führt. Auch wir waren ungeduldig und wollten die Welt ändern.

Wir haben an einem Tag in Darmstadt durch Besetzen der Straßenbahnkreuzung am Luisenplatz den gesamten Straßenbahnbetrieb lahmgelegt. Uns ist nichts passiert! Wir haben aber

auch unsere damaligen Ziele nicht erreicht.

Die auffälligen Aktionen von „Letzte Generation“ dienen doch allein dazu, in die Schlagzeilen zu kommen. Es wurden weder Kunstgegenstände zerstört noch Personen bedroht. Ob nun die Protestaktionen der Sache dienlich waren, möchte ich bezweifeln. So sehr hat sich die Mehrheit unserer Bürger seit 1968 nicht geändert. Gestern wie heu-

te stört politische Unruhe das allgemeine Wohlfühl.

Ich habe mittlerweile gelernt: Da werden doch viel mehr Ansichten von Generation zu Generation weitergegeben als gedacht. Auch das empfindet ein Alt-68er als Leid. Zur Entspannung der Lage, da bin ich mir mit Freunden eins, reicht eine Absicherung des Tatorts – und sonst kleben lassen.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Für eine Differenzierung der Großkirchen

Zur: „Kirche erlebt dramatische Austrittswelle – Institution verliert mehr als 500 000 Mitglieder“, FR-Politik vom 29. Juni

In der FR wird immer wieder über Missstände in der römisch-katholischen Kirche und auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) oder deren Landeskirchen berichtet.

Was mir auffällt: Meist bezeichnen Sie die katholische Kirche einfach als „Kirche“, so als wäre sie die einzige Großkirche. Dies missfällt mir, denn dann färben die Skandale in der katholischen Kirche (Verhalten von Kardinal Woelki, Verweigerung des Priesteramts für Frauen und v. a. der Missbrauch von

Kindern) indirekt auf die EKD ab.

Neues Beispiel: Der Beitrag „Kirche erlebt dramatische Austrittswelle – Institution verliert mehr als 500 000 Mitglieder“. Durch die Angabe der Anzahl zeigen Sie: Sie meinen die katholische Kirche. Im letzten Viertel des Artikels kommt dann auch die EKD zu Wort mit einer m. E. fast ebenso dramatischen Austrittszahl von 380 000 Mitgliedern.

Mein Vorschlag: Differenzieren Sie doch in Zukunft deutlich

zwischen den beiden Großkirchen. Brilliant machte dies Matthias Dobrinski, Chefredakteur der christlichen Zeitschrift „Publik-Forum“ im April in Koblenz. Dort hielt er einen Vortrag mit dem Titel „Zwischen großem Skandal und großem Egal – die Kirchen im Säkularisierungsprozess“.

Die FR machte dies auch – mit ihrem Kommentar – ebenfalls vom 29. Juni – mit der eleganten Überschrift „Katholiken – Kardinalfehler der Kirche“.

Klaus Karow, Koblenz



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über Armut und soziale Spaltung in Deutschland mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Elisabeth Kula, Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag.

Montag, 10. Juli, 18 Uhr
Saalbau Südbahnhof
Hedderichstraße 51, Frankfurt

Jutta Rippegather moderiert das sozialpolitische Gespräch „Inflation, Mietensinn und wachsende Armut – Hessen vor den Landtagswahlen“, eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbunds Frankfurt und der Katholischen Akademie Rabanus Maurus. Mit Ernst-Ulrich Huster (Sachverständiger des Hessischen Sozialberichts), Stefanie Janczyk (IG Metall), Ulrike Peschel-Elflein (Verein alleinerziehender Mütter und Väter), Conny Petzold (Mieter helfen Mietern), André Schönewolf (DGB Hessen-Thüringen) sowie Landtagsabgeordneten. Co-Moderator ist Thomas Wagner. Eintritt frei.

Montag, 10. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Die Risiken gegenüber China minimieren, aber wie?“. Mit Reinhard Bütikofer (Grüne, MdEP), Gabriela Heinrich (SPD, MdB) und Jonas Wolff (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Stream: [youtube.com/hausamdom](https://www.youtube.com/hausamdom)
Mittwoch, 12. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Giftiges Potenzial

Zur: „Demokratie ist kein Erbgut“, FR-Politik vom 3. Juli

Krüger trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er davor warnt, die Wahl der AfD noch als Protest zu begreifen. Denn das ist in der Tat eine Verharmlosung des giftigen rechtsextremen Potenzials, das von diesem Sammelbecken alter und neuer Nazis ausgeht. Nach all dem, was man an Aussagen dieser braunen Gruppierung weiß, müsste sonnenklar sein, dass es sich bei der AfD um eine hetzende antidemokratische Vereinigung handelt, die entschlossen ist, aus der Bundesrepublik ein nach dem Führerprinzip aufgebautes Regime zu machen, durchdrungen von Antisemitismus, Minderheitenfeindlichkeit und Rassismus.

Es ist richtig, dass es wichtig wäre, wenn Demokratinnen und Demokraten wieder den Weg in die demokratischen Parteien finden würden und sich aktiv an der Gestaltung unseres Gemeinwesens beteiligten. Der Bundeszentrale für politische Bildung kommt hierbei die wichtige Aufgabe zu, bei der Vermittlung demokratischer Inhalte durch die Einrichtungen der Bildung und Weiterbildung hilfreich zur Seite zu stehen. Wir müssen erreichen, dass es gerade bei jungen Menschen eine rationale und emotionale Bindung an den demokratischen Rechtsstaat gibt.

Wenn man sich die Wahlergebnisse der AfD betrachtet, sieht man, wie gefährdet unser Staatswesen von rechts ist. Deshalb darf der Gang zum Bundesverfassungsgericht mit dem Ziel des Verbotes dieser nachweislich rechtsextremistischen Gruppierung kein Tabu sein. Es geht um nicht weniger als den Erhalt unserer liberalen Demokratie.

Manfred Kirsch, Neuwied

Ein Vorbild seiner Zunft

Zur: „Russlands Afrika“, FR-Meinung vom 1. Juli

Ich wollte Ihnen schon lange schreiben, wie hervorragend ich Ihren Afrika-Korrespondenten Johannes Dieterich finde. Seine Berichte sind engagiert und kritisch, wie es nicht besser sein könnte. Er bringt die Dinge auf den Punkt, er analysiert die Hintergründe, berichtet die wahren Gründe und nimmt kein Blatt vor den Mund. Er ist schonungslos, er fällt sein Urteil über die korrupten Herrscher des Kontinents, die rücksichtslose Ausbeutungspolitik der Großmächte, und er ist so unverblümt ehrlich, dass er auch seine Hoffungslosigkeit ausdrückt.

So ein Korrespondent informiert uns wirklich und gibt uns kein falsches, unrealistisches Bild von einem Teil der Welt, den nicht jeder durch persönliches Erfahren kennenlernen kann. Johannes Dieterich ist sicherlich ein Vorbild und gehört zu den Besten seiner Zunft!

Manfred Bonson, Lüdinghausen